

Gemeindevertretung beschließt Resolution gegen die Deponie

Das Schreiben aus Ahrensböök soll nächste Woche an 20 Empfänger geschickt werden.

Von Susanne Peyronnet

Ahrensböök – Das war eine außergewöhnliche Gemeindevertretersitzung in Ahrensböök. Die Kommunalpolitiker kamen in den Ferien zusammen, und ratzfatz war die Sitzung schon wieder zu Ende. Was Wunder, gab es doch nur zwei echte Tagesordnungspunkte, und bei denen waren sich alle anwesenden 16 (drei fehlten) Gemeindevertreter einig.

Schließlich drehte sich alles um das wichtigste Anliegen, das die Ahrensbööker derzeit umtreibt: die geplante Bauschuttdeponie in den ehemaligen Lebatzer Kiesgruben und wie sie verhindert werden kann. Ein Arbeitskreis, in dem die Mitglieder des Planungs und Umweltausschusses sowie kompetente Bürger – die allesamt auch Deponie-Gegner sind – sitzen, hatte eine Resolution entworfen. Die wurde nun von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen und gleich nach diesem Beschluss von allen Gemeindevertretern unterschrieben. „Wir wollen sie schnell beschließen, damit die Signale nach außerhalb der Gemeinde gesendet werden, in Kreis, Land und Bund“, begründete Bürgervorsteher Hans-Joachim Dockweiler (CDU), warum die Sitzung in den Ferien angesetzt worden war. Die unter-

schriebene Resolution soll gleich Anfang nächster Woche an etwa 20 Empfänger – Einzelpersonen und Behörden – geschickt werden. Auf der Liste der Adressaten stehen unter anderem Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU), die schleswig-holsteinische Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Juliane Rumpf (CDU), Ostholsteins Bundestagsabgeordnete, die Landtagsfraktionen und Landesverbände der Parteien und diverse Behörden.

Die Firma Becker-Bau Bornhöved, die zum Strabag-Konzern gehört, will in den ehemaligen Kiesgruben eine Bauschuttdeponie einrichten. Dort sollen in den kommenden 30 Jahren vier Millionen Ton-

nen Bauschutt abgelagert werden. Nach Angaben von Becker-Bau soll der Antrag auf Einrichtung der Deponie im Frühsommer an das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume gestellt werden. Aus dem Kieler Umweltministerium hieß es dazu vor kurzem, ein solcher Antrag könne Chancen auf Bewilligung haben. Das wollen die Ahrensbööker Bürger und ihre politischen Vertreter mit aller Macht verhindern. In jüngster Zeit hat der Widerstand neuen Schwung bekommen. Ihm soll unter anderem die Resolution Nachdruck verleihen.

Aber die Gemeinde ist auch bereit, Geld für den Kampf gegen die Deponie auszugeben. Die Vertretung genehmigte ebenfalls einstimmig,

in den laufenden Haushalt 50 000 Euro an außerplanmäßigen Ausgaben einzustellen. Von diesem Geld sollen Fachleute bezahlt werden, die der Gemeinde in der Auseinandersetzung mit Becker-Bau zur Seite stehen sollen. So will Ahrensböök gut gerüstet ins Planfeststellungsverfahren gehen.

Carsten Wulf, Fraktionsvorsitzender der Freien Wählergemeinschaft (FWG), verwies darauf, dass die Gemeinde ihre Positionen dank der fachkundigen Bürger im Arbeitskreis zwar kostengünstig vertreten könne, die 50 000 Euro seien dennoch wichtig, um etwas erreichen zu können. Denn: „Wir dürfen auch nicht barfuß durch die Gegend laufen.“



Unterzeichneten als eine der ersten: Carsten Wulf (r.) und Michael Schacht (beide FWG). Foto: Peyronnet

Die Resolution im Wortlaut

„Die Gemeinde Ahrensböök fordert:
Keine Deponie in unserer Gemeinde Ahrensböök!
Die Gemeindevertretung Ahrensböök fordert Becker-Bau Bornhöved und die Strabag auf, in den Lebatzer Kiesgruben von ihren Deponieplänen Abstand zu nehmen.
Gleichzeitig fordert die Gemeindevertretung das Land Schleswig-Holstein auf, alles zu unterlassen, was zur Einrichtung einer Deponie führen kann, weil:

1. es nach allen Erkenntnissen keinen Bedarf an Deponieflächen (siehe auch Landesabfallwirtschaftsplan) gibt,
2. die in die umgebenden Fauna-Flora-Habitat-Flächen eingefassten ehemaligen Kiesgruben mit ihrer hohen ökologischen Qualität unbedingt erhalten werden müssen, und
3. das Trinkwasser für unzählige Haushalte und anliegende landwirtschaftliche Betriebe weiterhin ohne jedes Restrisiko absolut geschützt sein muss.“